

zutage tretende Mißstände besser in den dafür zuständigen Einheiten der Partei aus der Welt geschafft werden. Mit der Regelung der Einzelfälle kann und darf sich die Partei aber nicht abfinden, weil damit nur die Symptome beseitigt werden, ohne daß an der eigentlichen Ursache entscheidend etwas geändert wird. Es ist aber eine völlige Verkennung der Möglichkeiten einer Ursachenbeseitigung, wenn vielfach die Genossen, die als Funktionäre der Partei von ihr mit der Wahrnehmung der Verantwortung betraut sind, als diejenigen angesprochen und angesehen werden müßten, die allein dazu in der Lage wären und von deren Aktivität und ernsthaften Willen es entscheidend abhängt, ob in ihrem Wirkungskreis nicht nur im fachlichen Ergebnis, sondern auch in politischer Zuverlässigkeit eine jederzeit vertretbare Leistung verzeichnet werden kann.

Die Ausführungen des Genossen Gniffke, in denen er die lebendige Verbundenheit der Funktionäre der Partei, die in der Verwaltungsarbeit stehen, zur Parteiarbeit als eine unabdingbare Forderung bezeichnet, können nicht nachdrücklich genug unterstrichen werden. Ich glaube auch, daß man meinem Vorredner zustimmen kann, wenn er mit Nachdruck darauf verweist, daß Funktionäre der Partei in der Verwaltungsarbeit, die der Meinung sind, daß ihre Verwaltungsaufgaben weder von der Partei kontrolliert noch geprüft werden können, auf einem falschen Wege sind und daraus die Konsequenzen zu ziehen hätten. Diese Verbundenheit der Verwaltungsfunktionäre zur Partei ist besonders gegenüber der Parteiarbeit und der Gewerkschaftsarbeit in ihrer eigenen Verwaltung unbedingte Voraussetzung. Wenn wir aber bestimmte Arbeitsgebiete der Parteiarbeit, wie die Frauen- und Jugendarbeit, als eine Gesamtaufgabe der Partei ansprechen, dann muß das bei der Demokratisierung der Verwaltung in stärkstem Umfange der Fall sein. Die politische Reorganisation der Verwaltungen ist über einige erfreuliche, hoffnungsvolle Ansätze wirklich noch nicht allzuweit hinausgekommen. Das gilt für alle Verwaltungszweige, sowohl für die kommunalen als auch für die staatlichen. Wir können dabei die Justiz, die Finanzen, die Volksbildung oder was wir wollen aufzählen, wir werden im Grunde genommen zu dem gleichen Ergebnis kommen.

Der Genosse Gniffke sprach von den 30 000 sozialistischen Lehrern als von einer ausschlaggebenden Voraussetzung für die Durchführung der demokratischen Schulreform. Einverstanden, Genosse Gniffke, wenn wir diese Parteigenossen unter den Lehrern zu so guten Sozialisten geschult haben werden, daß sie aus innerster Überzeugung bereit und in der Lage sind, in ihren Geschichtsunterricht nicht mehr mili-